

Schweiz Psychologie 147 und Mental Health: Jungparteien fordern Massnahmen



So sah die «Pro Juventute»-Aktion auf dem Bundesplatz aus. Von links: Dominic Täubert (Junge EVP), Marc Rüdüsüli (Junge Mitte), Tobias Vögeli (Junge GLP), Katja Schönenberger (Pro Juventute), Julia Küng (Junge Grüne), Philipp Eng (Jungfreisinnige), Stephanie Gartenmann (Junge SVP) und Nicola Siegrist (JUSO). *bild: watson*

Jungparteien machen grossen Mental-Health-Kompromiss – die Sache hat aber einen Haken

Die Spitzen der Jungparteien wollen gemeinsam die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verbessern. Sie fordern zusammen mit «Pro Juventute» Massnahmen von der Politik.



10.11.2022, 16:47

10.11.2022, 16:52



Petar Marjanović

Folge mir

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in den vergangenen Monaten drastisch verschlechtert. Dies zeigen aktuelle Daten der Stiftung «Pro Juventute»: Die Anzahl der notwendigen «Kriseninterventionen» durch das Sorgen- und Beratungstelefon 147 ist rapide angestiegen. Die Stiftung ist alarmiert, weil helfende

Wir verwenden Cookies und Analysetools, um die Nutzerfreundlichkeit der Internetseite zu verbessern und passende Werbung von watson und unseren Werbepartnern anzuzeigen. Weitere Infos findest Du in unserer [Datenschutzerklärung](#).

OK

Die «Pro Juventute»-Direktorin Katja Schönenberger geht davon aus, dass die «Multi-Krise» dafür verantwortlich ist: In kürzester Zeit hätten Kinder und Jugendliche mit mehreren Krisen wie Pandemie, Krieg und der Energiekrise umgehen müssen, was nicht allen gleich gut gelang. Die Stiftung fordert deshalb nun Soforthilfe vom Bund und den Kantonen.

Unterstützung erhält sie ausnahmslos von allen Jungparteien. Die Spitzenpolitikerinnen und -politiker der JUSO, der Jungen Grünen und der Jungparteien von Mitte, GLP, EVP, FDP und SVP führten dazu am Donnerstagmorgen eine Aktion auf dem Bundesplatz durch. Sie gaben sich ungewöhnlich einig und posierten vor einem überdimensionierten Handy. Die Botschaft dahinter: Wir stehen hinter dem Sorgentelefon 147.



bild: watson

In den Gesprächen mit ihnen war ein Stolz spürbar: Man sei zum ersten Mal von links bis rechts zu einem Kompromiss gekommen, weil man Fragen der mentalen Gesundheit ernst nehme.

JGLP-Präsident Tobias Vögeli erzählte von seinen psychischen Problemen und wie er erlebte, dass das Gesundheitssystem derzeit nur schlecht auf solche Fälle reagieren könne.

«Wie kann ich gegen Tabus kämpfen, wenn ich selbst nicht über meine schwere Zeit sprechen möchte?»

Tobias Vögeli, Co-Präsident Junge GLP

Marc Rüdüsüli von der Jungen Mitte kritisierte ebenfalls die lange Wartezeit, die Hilfe suchende Jugendliche ertragen müssten. «Ich glaube, dass gerade deshalb niederschwellige Angebote wie ein Sorgentelefon oder Beratung via Chat helfen könnten: Solche Angebote können psychische Erkrankungen verhindern und abschwächen. Zu Beginn solcher persönlichen Krisen hilft es enorm, wenn man das Gefühl der Hilflosigkeit verhindert. Dafür reichen oft einfache Informationen darüber, wo und welche psychologischen oder psychiatrischen Hilfen angeboten werden.»

Ausnahmslos alle Politikerinnen und Politikern erkannten an: Es gibt Depressionen, Burn-outs und Ängste. Sie waren sich auch bewusst, solche Erkrankungen zu schweren psychischen Krisen und zum Suizid führen können. Diese Einigkeit führte zusammen mit «Pro Juventute» zum gemeinsamen Forderungskatalog: Es benötige eine «sofortige Stärkung der niederschweligen Erstberatungsstellen» und eine «Steigerung der Bekanntheit dieser Stellen bei der Zielgruppe».



«Pro Juventute» ist wegen des Anstiegs der Kriseninterventionen durch 147 alarmiert. bild: zvg

Der Kompromiss hat aber einen Haken: Es gab unterschiedliche Vorstellungen zur Frage, wieso es genau diese Massnahmen brauche und was sie in der Praxis konkret bedeuten würden. Besonders auffällig wurde das beim Engagement der Jungfreisinnigen und der Jungen SVP: Ihre Parteipräsidenten waren nicht nur «aus terminlichen

GLP, EVP, was zur Verschlechterung der psychischen Gesundheit geführt habe und was man dagegen tun müsse.

SVP: Pandemie und Krieg sind schuld

Stephanie Gartenmann, Präsidentin Bezirksorganisation der Jungen SVP im Berner Oberland, machte die Bundespolitik mitverantwortlich: «Man muss nur auf die letzten vier Jahren schauen: Die missratene Energiepolitik, die Coronamassnahmen und der Ukraine-Krieg erschweren das Leben der jungen Leute in der Schweiz massiv.» Sprich: Mit einem Kurswechsel stelle sich auch die Frage etwa nach fehlenden Psychiatrieplätzen nicht mehr.

Auffällig war auch die Stellungnahme von Philipp Eng, einem Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Schweiz. Auf die Frage, wieso er nun als Wirtschaftsliberaler nach staatlichen Massnahmen rufe, konkretisiert er seine Deutung der «Pro Juventute»-Forderung: «Wenn wir als Freisinnige den Ausbau von niederschweligen Angeboten fordern, dann kommen uns auch andere Massnahmen in den Sinn als nur mit Steuergeldern finanzierte Stellen.»

Eng erwähnt als Beispiel der privaten Verantwortung im persönlichen Umfeld: «Die niederschwelligste Form der Hilfe in schwierigen Situationen findet man im privaten Umfeld: Man spricht mit Freundinnen und Freunden. Wir wollen diese Eigenverantwortung stärken, in dem wir Tabus abbauen und ein Milieu schaffen, in dem man über Probleme sprechen darf.»

«Der Markt wird nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage den Bedarf nach Behandlungsplätzen befriedigen.»

Eng betont, dass ein offener Umgang mit psychischen Problemen auch das Problem der fehlenden Behandlungsplätze lösen könnte: «Dadurch wird auch deutlich, dass es eine grössere Nachfrage gibt. Entsprechende Angebote werden deshalb nicht vom Staat, sondern vom Markt geschaffen.»

Juso-Chef übt Kritik und zeigt sich pragmatisch

Bei den anderen Jungparteien-Chefs kamen solche Aussagen weniger gut an. Dominic Täubert von der Jungen EVP sagt dazu vorsichtig: «Die Kompromissfindung war nicht ganz einfach.»

Deutlichere Kritik gibt es vom Juso-Präsidenten Nicola Siegrist: «Die Situation bei der Jugendpsychiatrie ist ernst und es ärgert mich sehr, dass sich JSVP und JFDP aus ideologischen Gründen weitergehenden Forderungen verschliessen.» Er betont aber trotz-

Wir verwenden Cookies und Analysetools, um die Nutzerfreundlichkeit der Internetseite zu verbessern und passende Werbung von watson und unseren Werbepartnern anzuzeigen. Weitere Infos findest Du in unserer [Datenschutzerklärung](#).

Verharmlosung und Verleugnung psychischer Erkrankungen steht einer Verbesserung der Situation und den dringenden Massnahmen im Weg.»

DANKE FÜR DIE ♥

Würdest du gerne watson und unseren Journalismus unterstützen? [Mehr erfahren](#)

(Du wirst umgeleitet um die Zahlung abzuschliessen)

5 CHF	15 CHF	25 CHF	Anderer
-------	--------	--------	---------

Weiter zur Zahlung

 Mit Twint unterstützen
--

Oder unterstütze uns per [Banküberweisung](#).

Wie gesund oder ungesund ist dein Essen? Alles relativ.



1 / 29

Wie gesund oder ungesund ist dein Essen? Alles relativ.

quelle: [instagram/thefitnesschef](#) / [instagram/thefitnesschef](#)

«Suizid-Gedanken haben sich seit Corona verdoppelt» – 147-Beraterin

Wir verwenden Cookies und Analysetools, um die Nutzerfreundlichkeit der Internetseite zu verbessern und passende Werbung von watson und unseren Werbepartnern anzuzeigen. Weitere Infos findest Du in unserer [Datenschutzerklärung](#).